

Pflegeleiter in Ilanz neu gewählt

Mario Riedi wird per Mitte März neuer Leiter Pflege und Mitglied der Geschäftsleitung bei der Regionalspital Surselva AG, wie aus einer am Mittwoch publizierten Medienmitteilung hervorgeht. Der seit 1995 in der Pflege tätige Riedi arbeitet zurzeit in einem befristeten Projekt bei der Sozialversicherungsanstalt respektive der Invalidenversicherung Graubünden. Zuvor war er in der Klinik Waldhaus in Chur, beim Psychiatrischen Dienst Süd St. Pirminsberg in Pfäfers und anschliessend für 13 Jahre im Churer Seniorenzentrum Rigahaus tätig gewesen. Im Rigahaus führte er den Bereich Pflege und Betreuung und war ebenfalls Mitglied der Geschäftsleitung. Am Ilanzer Spital folgt Riedi auf Regula Weidkuhn. Sie hat laut Mitteilung nach über zehn Jahren den Rücktritt aus der Führungsfunktion bekannt gegeben; neu wird sie Stabsaufgaben im Bereich Pflege übernehmen. (jfp)

Tempo 30 in Sta. Maria

Die Gemeinde Val Müstair möchte in Sta. Maria Tempo 30 einführen. Mit dieser Massnahme soll der Verkehrsfluss verbessert und die Lärmbelastung soll reduziert werden. Dies bestätigte die Gemeinde gegenüber Radio-televisiun Svizra Rumantscha. Tempo 30 sei auch die Konsequenz einer Unterschriftensammlung der lokalen Bevölkerung. Das Gesuch für Tempo 30 in Sta. Maria ist im Kantonsamtsblatt publiziert. Informationen zur Umfahrung Sta. Maria soll es im Sommer geben. (fh)

Gewonnen mit einem Hummer

Ramon Micha Süsstrunk ist «Young Engadine Talent 2022». Der 18-jährige Lernende im dritten Lehrjahr bei Küchenchef Gero Porstein im Hotel «Waldhaus Sils» in Sils-Maria hat den Wettbewerb gewonnen, der jeweils im Rahmen des St. Moritz Gourmet Festivals durchgeführt wird. Sein siegreicher Hauptgang: «Hummer auf Süsskartoffelpüree mit Quinoa-Salat und roten Zwiebeln, Koriander, Austern-Seitling und Papaya-Chili-Sauce». Auf Platz zwei gelangte Ruben Paiano aus dem «Badrutt's Palace Hotel» in St. Moritz und auf den dritten Rang Franca Sofia Obrecht, ebenfalls Lernende im Hotel «Waldhaus Sils». (red)

INSERAT

Ja zur Änderung des Stempelabgaben-Gesetzes. Ich will die Schweizer KMU stärken!



Viktor Scharegg
Präsident Bündner Gewerbeverband,
Inhaber Brunner Haustechnik AG



JA 13. Februar
Änderung Stempelabgaben-Gesetz
stempelabgabengesetz.ch

Die Ferienwohnung heizen, ohne dort zu sein

Mit der Kampagne «Make Heat Simple» will das Bundesamt für Energie ressourcenschonenderes Heizen in Zweitwohnungen fördern. Fünf Bündner Gemeinden sind dabei.

Simone Zwinggi

Rund 80 000 Zweitwohnungen gibt es im Kanton Graubünden. Schweizweit sind es gar 700 000. Das Potenzial, bei deren Bewirtschaftung Geld, Energie und somit auch CO₂-Emissionen einzusparen, ist gross. Leer stehende Zweitwohnungen wurden in der Vergangenheit oft über mehrere Wochen geheizt, damit die Gäste bei ihrer Ankunft eine angenehm warme Raumtemperatur vorfinden. Damit soll nun Schluss sein.

Das Bundesamt für Energie (BfE) hat 2019 mit einer Pilotgemeinde im Wallis eine Kampagne mit dem Titel «Make Heat Simple» (das Heizen einfacher machen) gestartet. Im Rahmen dieser Kampagne sollen sich die teilnehmenden Gemeinden an die Zweitwohnungsbesitzerinnen und Zweitwohnungsbesitzer wenden und sie vom Einbau einer Heizungsfernsteuerung überzeugen. Bei Neubauten und Sanierungen ist dieser gemäss der Bündner Energieverordnung bereits Pflicht.

Schnell amortisiert

Auf makeheatsimple.ch lässt sich anhand von ein paar Kennwerten wie dem Heizungstyp, den jährlichen Belegungstagen und den aktuellen Heizkosten der Zweitwohnung mit ein paar Klicks berechnen, wie stark der CO₂-Ausstoss und die Heizkosten dank einer Heizungsfernsteuerung gesenkt werden können.

Die Investitionen in ein solches Steuergerät liegen gemäss einem Schreiben von «Make Heat Simple» zwischen 500 bis 2500 Franken. Diese seien dank des Komfortgewinns und der Energieeinsparungen innert Kürze amortisiert. Produkte zur Fernsteuerung der unterschiedlichsten Heizungstypen und Wärmeverteilungssysteme gibt es mittlerweile viele. Deren Steuerung erfolgt in der Regel via App, ist aber auch ohne Internetanschluss möglich. Die Verantwortlichen gehen je nach Ausgangslage von einer Energieeinsparung von bis zu 60 Prozent und einer Kostensenkung von mehreren Hundert Franken pro Jahr aus. Würden alle Zweitwohnungsbesitzer der Schweiz den Empfehlungen von «Make Heat Simple» folgen, liesse sich gleich viel Energie einsparen wie 130 000 durchschnittliche Schweizer Haushalte pro



Komfortabel und ressourcensparend: Die Anwendung von Heizungsfernsteuerungen in Zweitwohnungen birgt grosses Potenzial zum Einsparen von Energie und Geld.

Bild Pixabay

130 000 Haushalte

Würden alle Zweitwohnungsbesitzer den Empfehlungen von «Make Heat Simple» folgen, liesse sich **gleich viel Energie** einsparen, wie 130 000 Schweizer Haushalte pro Jahr verbrauchen.

Jahr verbrauchen, rechnen die Verantwortlichen der Kampagne vor. Das entspräche einer Verringerung des CO₂-Ausstosses um etwa 600 000 Tonnen.

Fünf Bündner Gemeinden

«Make Heat Simple» hat derzeit neun Partnerkantone – Graubünden, Glarus, Wallis, Bern, Freiburg, Jura, Waadt, Tessin, Schwyz – und über 50 Partner-

gemeinden. In Graubünden nehmen fünf Gemeinden an der Kampagne teil: Albula, Arosa, Bergün Filisur, Lenz und Surses.

Die Region Albula-Surses sei vom Bund als Pilotregion für die Kampagne «Make Heat Simple» angefragt worden, erklärt Patric Vincenz vom Verein Ela Energiewelt. Als Vorstandsmitglied des Vereins hat Vincenz die Geschäftsführung der Energiestadt Ela inne und ist federführend bei der Umsetzung der Kampagne in der Region. «Die Informationen zu «Make Heat Simple» erhalten alle Erstwohnungsbesitzer und Zweitwohnungsbesitzerinnen vom zuständigen Elektrizitätswerk mit der nächsten Stromrechnung zugestellt», beschreibt Vincenz das Vorgehen für die vier Gemeinden Bergün Filisur, Albula, Lenz und Surses. Wie dieses Schreiben ankommt und wie viele Personen sich vom Vorschlag, eine Heizungsfernsteuerung einzubauen, überzeugen lassen, davon

lässt sich Vincenz überraschen. «Das ist eine private Entscheidung, ob man eine solche Steuerung einbauen lässt oder nicht. Deshalb werden wir keine genauen Angaben dazu erhalten.» Der Austausch mit regionalen Elektroinstallateuren sowie mit Liegenschaftsverwaltungen werde aber Rückschlüsse zulassen, vermutet Vincenz.

Arosa informierte seine Wohneigentümer vergangenen Oktober mittels eines Briefes über die Kampagne. Neben «Make Heat Simple» treibt Arosa mit der Strategie Arosa 2030 Projekte im Bereich der Nachhaltigkeit voran. Das Potenzial, mit effizienterem Beheizen von Zweitwohnungen Energie und Geld einzusparen, ist in Arosa gross: Hier gibt es rund 4300 Ferienwohnungen – ein Anteil von 73,8 Prozent. In Bergün Filisur gibt es rund 650 Zweitwohnungen, was einem Anteil von knapp 60 Prozent entspricht.

Bündner Regierung will keine Elternzeit

Die SP Graubünden will die sogenannte Elternzeit im Kanton einführen. Die Bündner Regierung lehnt aber einen entsprechenden Vorstoss ab, denn dies sei rechtlich gar nicht möglich.

von Andri Nay

Seit gut einem Jahr haben frischgebakene Väter in der Schweiz Anspruch auf einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub. Dies hatte das Schweizer Stimmvolk im September 2020 mit 60,3 Prozent Ja-Anteil an der Urne bestimmt. Für die SP Graubünden ist dies aber noch nicht der Idealzustand. Die Partei will eine sogenannte Elternzeit einführen, bei dem sich Mutter und Vater ein gewisses Pensum an bezahltem Urlaub aufteilen. Ein Vorstoss dazu hat SP-Grossrat Jöri Schwärzel

(Klosters) an der vergangenen Oktobersession platziert. Jetzt hat die Regierung geantwortet.

«Nur beschränkt möglich»

Schwärzel fordert im Vorstoss die Regierung auf, vorzupreschen und auf Kantonsebene die Elternzeit einzuführen. Er beauftragt die Regierung, einen Vorschlag abzuarbeiten, wie lange die Elternzeit dauern und wie sie finanziert werden soll. Der per 23. Januar zurückgetretene Grossrat sieht Vorteile für die Familien, die Wirtschaft und die Gesellschaft Graubündens. Mitunterzeichnet haben das Anliegen neben fast allen SP-Grossrätinnen und -räten auch Ursin Widmer, Maurus Tomaschett (beide Mitte) und Nicoletta Noi-Togni (Fraktionslos).

Die Bündner Regierung weist in ihrer Antwort darauf hin, dass es seit 2005 bereits einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und seit letztem Jahr den bezahlten Vaterschaftsurlaub gebe. Sie erklärt auch, dass das Anliegen der Elternzeit derzeit auf Bundesebene in Diskussion sei. Und diese Ebene sei auch die einzige, wo eine solche Debatte Sinn mache, denn: «Der Er-

lass einer kantonalen gesetzlichen Regelung betreffend eines Elternurlaubs für die Arbeitnehmenden in einem Kanton ist nur beschränkt möglich», so die Regierung.

Keine Einführung in Teilen

Mit dem «beschränkt möglich» meint die Regierung Folgendes: Für die Privatwirtschaft lässt sich die Elternzeit nicht auf Kantonsebene einführen, für den öffentlichen Sektor schon. Aber für Kantonsangestellte (Lehrerinnen und Beamte) allein will der Kanton keine Elternzeit einführen.